EUROPÄISCHE INTEGRATION 31.05.2017 | Maria João Rodrigues

Das Versöhnungsprojekt

Die europäische Säule sozialer Rechte kann den Populismus stoppen und die Bürger wieder mit Europa versöhnen.

In Europa wird über das kürzlich von der Europäischen Kommission vorgelegte Dokument „Die europäische Säule sozialer Rechte“ debattiert. Es enthält 20 Grundsätze, an denen sich – so die Hoffnung – die EU-Gesetzgebung orientieren wird. Das rechtlich nicht bindende Dokument umreißt Möglichkeiten, mit denen die Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem gesamten Kontinent verbessert werden können. Das Europäische Parlament billigte im Januar einen Bericht über das Maßnahmenpaket und die Europäische Kommission hat jetzt ihre eigenen Vorschläge zur Umsetzung der „Säule“ vorgestellt.

Diese Debatte kommt zur rechten Zeit für die Europäische Union. Die soziale Dimension der europäischen Integration hat durch die seit 2010 andauernde Krise in der Eurozone einen heftigen Rückschlag erlitten. Gleichzeitig waren viele Mitgliedstaaten zu einer strengen Haushaltskonsolidierung und internen Abwertungen gezwungen. Diese Politik hat in vielen Ländern zu gravierenden sozialen Härten geführt. Viele Bürgerinnen und Bürger sind daher der Meinung, dass die EU Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeit befördert hat. Das europäische Projekt, das über Jahrzehnte mit Einheit, Wohlstand und Fortschritt assoziiert wurde, wird nun für die Verschlechterung der Wohlfahrtssysteme verantwortlich gemacht und als Bedrohung des Wohlergehens der Menschen angesehen.

Europa muss seine Arbeitnehmerrechte und Sozialversicherungssysteme den neu entstehenden Erwerbsformen und Beschäftigungstypen anpassen

Zugleich steht Europa vor vielen weiteren Herausforderungen: Globalisierung, demografischer Wandel (alternde Gesellschaft, Geburtenrückgang, Migration), Klimawandel und die Endlichkeit natürlicher Ressourcen. Hinzukommt eine neue Phase der digitalen Revolution mit gravierenden Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte. Europa muss seine Arbeitnehmerrechte und Sozialversicherungssysteme den neu

entstehenden Erwerbsformen und Beschäftigungstypen anpassen, um annehmbare und gerechte Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung für alle Beschäftigten sicherzustellen.

Das europäische Sozialmodell – die Vision von Wirtschaftswachstum, das mit höheren Lebensstandards und besseren Arbeitsbedingungen einhergeht – hat in den verschiedenen Mitgliedstaaten unterschiedliche Ausprägungen angenommen, die mit den jeweiligen historischen Entwicklungen und dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang stehen. Aber die EU-Länder können nur zusammen für den Wohlstand all ihrer Bürgerinnen und Bürger sorgen. Ohne einen gemeinsamen europäischen Rahmen werden die Mitgliedstaaten im Hinblick auf soziale Standards in eine Abwärtsspirale geraten. Daher ist das europäische Sozialmodell ein gemeinsames Projekt, dessen Hauptziel darin bestehen sollte, was im Fachjargon als „soziale Aufwärtskonvergenz“ bezeichnet wird: eine nachhaltige Verbesserung des Wohlergehens aller Menschen in allen EU-Ländern auf der Grundlage eines nachhaltigen und inklusiven Wirtschaftswachstums und von Maßnahmen, die garantieren, dass kein Mensch und kein Land zurückgelassen werden, sondern jeder an der Gesellschaft und Wirtschaft teilhaben kann.

Die europäische Säule für soziale Rechte ist eine wichtige und dringend notwendige Initiative, die sowohl von der Europäischen Kommission als auch vom Europäischen Parlament zu Recht ganz oben auf ihre politischen Agenda gesetzt wurde, um die Bürgerinnen und Bürger mit der Europäischen Union zu versöhnen. Allerdings dürfen sich das Projekt und die Idee eines „sozialen Europas“ nicht auf eine kleine Gruppe von EU-Experten beschränken. Ein „soziales Europa“ betrifft das Leben aller Menschen: die Rechte, die ihnen an ihrem Arbeitsplatz zustehen, die ihnen zur Verfügung stehenden sozialen Dienstleistungen, die politischen Maßnahmen, die ihre wirtschaftlichen Perspektiven verbessern und die soziale Absicherung, auf die sie sich verlassen können, wenn im Leben etwas schief läuft.

Das „soziale Europa“ ist für alle da und muss jeden und jede einbeziehen und für spürbare Verbesserungen im Leben aller Menschen sorgen. Die „Säule“ muss daher die gesamte Mehr-Ebenen-Struktur der EU durchdringen, auch die kommunalen, regionalen und nationalen Regierungen und deren Zusammenwirken mit Unternehmen, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft.

Wir alle haben ein

Wir sind alle Mitglieder der EU. Wir alle haben ein Interesse an einem ausgewogenen

Interesse an einem ausgewogenen Wirtschaftswachstum und an Europas Zusammenhalt gegenüber dem Aufstieg von Nationalisten wie Marine Le Pen, Donald Trump und Wladimir Putin.

Wirtschaftswachstum und an Europas Zusammenhalt gegenüber dem Aufstieg von Nationalisten wie Marine Le Pen, Donald Trump und Wladimir Putin. Die sind nämlich darauf aus, eine auf Zusammenarbeit ausgelegte internationale Ordnung zu zerschlagen und bürgerliche und soziale Rechte abzubauen.

Statt Lippenbekenntnissen und falschen Versprechungen brauchen wir jetzt eine Europäische Kommission, die mit konkreten Verbesserungen der EU-Rechtsvorschriften aufwartet und mehr Geld zu Verfügung stellt, um anständige Lebens- und Arbeitsbedingungen für Europas Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen. Die Nachwirkungen der schweren Wirtschaftskrise und einer von Sparsamkeit geprägten Politik haben zusammen mit den Herausforderungen einer globalisierten und digitalisierten Welt im Leben vieler Europäer zu Armut und Unsicherheit geführt. Diese Umstände müssen sich ein für alle Mal verbessern. Wenn alle Mitgliedstaaten zusammen am Aufbau einer soliden europäischen Säule für soziale Gerechtigkeit arbeiten, wird es allen Menschen in Europa besser gehen und sie werden ihr Vertrauen in das europäische Projekt zurückgewinnen.



Maria João Rodrigues
Lissabon

Maria João Rodrigues ist Präsidentin der Europäischen Stiftung für Progressive Studien (FEPS). Von 2014 bis 2019 war sie Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP) und Vizepräsidentin der S&D-Fraktion.